



Newsletter

Inhalt:

Seite 1	Vorstands-Neuwahl
Seite 2	Mindestlohn-Befragung / Investitionsabzugsbetrag Fotovoltaikanlage
Seite 3	Senkung des Solidaritätszuschlags
Seite 4	Umfrage zum Bau der Stadt-Galerie Pirmasens
Seite 5	BDS-Sachsen / Präsidium BDS Rheinland-Pfalz und Saarland
Seite 6	Existenzgründertag / Und zum Schluss...

Gatterer als Präsidentin bestätigt Vorstand auf Verbandstag neu gewählt

Beim Landesverbandstag des Bundes der Selbständigen Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. (BDS) in Speyer, wurde Liliana Gatterer einstimmig für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. „Ich freue mich, dass mir die Selbständigen wieder ihr Vertrauen geschenkt haben. Es ist wichtig, dass wir weiterhin konsequent auf die Wichtigkeit und Probleme der

Als Vizepräsidenten wurden der Polstermeister Jürgen Heinitz aus Haßloch, Joachim Schneider, Rechtsanwalt aus Enkenbach-Alsenborn sowie Ralf Vowinkel, Raumausstatter aus Ludwigshafen gewählt. Neu in der Funktion des Schatzmeisters ist Stefan Schnepel, Vermögensberater aus Stelzenberg. Der Vorstand wurde entlastet.

Zu Beginn der Veranstaltung sprach der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck über die Verantwortung der Politik gegenüber der Wirtschaft. Wichtig sei es, Rahmenbedingungen für die Unternehmer zu schaffen.

Beck: Haushalt konsolidieren

Mit Blick auf die immer wieder aufkommende Debatte um Steuersenkungen sagte der Ministerpräsident, er sehe keinen Spielraum für die Senkung von Steuern, das Hauptziel müsse die konsequente Konsolidierung der Haushalte sein. Aus dem Risiko der Eurokrise fragte der Präsident des BDS Bayern, Ingolf Brauner: „Wer von uns würde Geld von seiner Hausbank bekommen, wenn er seine Ziele nicht erreicht?“. Als Ergebnis der Diskussion wurde deutlich, dass Vertrauen eine zentrale Bedingung für Unternehmer und Wirtschaft sei und dass es nun an der Politik wäre, dieses Vertrauen wieder herzustellen.



Fotos: Klaus Venus

kleinen und mittleren Unternehmen hinweisen und der Politik Druck machen die Hürden für Unternehmer abzubauen“, beschreibt Gatterer die Zielsetzung für ihre vierjährige Amtszeit. Die 58-jährige ist seit 1995 selbstständig und Inhaberin des Geschäftes „Innovazione GAMA GmbH – Träume aus Mode und Duft“ in der Maximilianstraße in Speyer.

Ehrung für Engagement

Andreas Horsch und Gert Kadner wurden von Präsidentin Gatterer für ihr langjähriges Engagement für den Bund der Selbständigen mit der bronzenen Ehrennadel ausgezeichnet.



Newsletter

Mindestlohn ja - aber ohne gesetzliche Vorschrift

Umfrage unter Selbständigen: 87 % sind für Mindestlohn

Eine überwältigende Mehrheit der Mitglieder des BDS Rheinland-Pfalz und Saarland spricht sich laut einer verbandsinternen Umfrage für Mindestlöhne aus. Mit Sorge betrachtet der Bund der Selbständigen das Vordringen von Billiganbietern, die mit übelsten Tricks Löhne um bis zu drei Viertel nach unten drücken. An diese sollte der Staat prinzipiell keine Aufträge vergeben.

Neustadt. „Wer gut arbeitet, muss auch so entlohnt werden, dass er davon leben kann“, erklärt Liliana Gatterer, die Präsidentin des Bundes der Selbständigen (BDS) Rheinland-Pfalz und Saarland. „Anders als von vielen behauptet ist der Mindestlohn kein Teufelszeug“, so Gatterer. Das sehen auch die Mitglieder des BDS so: bei einer verbandsinternen Umfrage sprachen sich nur 13 Prozent gegen einen Mindestlohn aus. Die restlichen 87 Prozent sind für einen Mindestlohn, bevorzugen allerdings unterschiedliche Modelle. Die größte Zustimmung erhält ein Mindestlohn, der wie in Großbritannien, durch eine Kommission aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern eine einheitliche Lohnuntergrenze festlegt. Dieses Modell befürworteten 40 Prozent der Befragten. 33 Prozent sind für einen Mindestlohn der je nach Branche unterschiedlich hoch ist. Und selbst ein staatlicher

Mindestlohn wie in Frankreich kommt auf rund 13 Prozent Zustimmung bei Unternehmern und Selbständigen.

Tarifautonomie achten

Aufgrund der großen Zustimmung bei den befragten Teilnehmern für tarifpartnerschaftliche Lösungen legt der BDS Rheinland-Pfalz und Saarland großen Wert darauf, dass der Staat sich auch in Zukunft aus der Lohnfindung heraushält. „Wir haben in Deutschland eine gute Tradition, dass die Löhne von den Tarifparteien ausgehandelt werden. Wir lehnen daher einen staatlichen Mindestlohn ab. Frankreich hat einen solchen Mindestlohn und dort ist die Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, deutlich höher“, erklärt Liliana Gatterer.

Der BDS schlägt daher vor, dass es flächendeckend branchenspezifische Mindestlöhne geben soll, die die Tarifpartner aushandeln und der Staat dann für allgemeinverbindlich erklärt. Dieser Lohn gilt auch für Firmen, die nicht in der Tarifgemeinschaft sind. „Dies verhindert, dass Billigheimer mit Dumpinglöhnen den Markt kaputt machen und sorgt gleichzeitig dafür, dass branchenspezifische Besonderheiten berücksichtigt werden.“ Gatterer verweist in diesem Zusammen-

hang auch auf die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmern und Selbständigen: „Viele unserer Mittelständler sind vor Ort stark gesellschaftlich und sozial verankert. Da ist es nur selbstverständlich für uns, dass wir Löhne zahlen, mit denen die Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können und nicht von staatlichen Transfers abhängig sind.“

Der BDS legt auch Wert darauf, dass es nicht damit getan ist, wenn der Staat Mindestlöhne festsetzt. „Bund, Länder und Kommunen haben bei der Vergabe von Aufträgen auch die Pflicht, dafür zu sorgen, dass nicht immer der billigste Anbieter gewinnt. Wer keine Mindestlöhne zahlt, sollte auch keine staatliche Aufträge bekommen“, so Gatterer.

Stefan Haag Inhaber eines Malerbetriebes aus Neustadt ist ebenfalls für einen Mindestlohn. „Der Mindestlohn sollte auf jeden Fall in jeder Branche so hoch sein, dass jeder seinen Lebensunterhalt ohne staatliche Unterstützung bestreiten kann. Diese Untergrenze darf meiner Meinung nach, egal in welcher Branche, nicht unter 8,50 Euro pro Stunde liegen.“

Dem BDS Rheinland-Pfalz und Saarland gehören rund 2500 Unternehmen und Selbständige an.

Investitionsabzugsbetrag für Fotovoltaikanlage auch ohne Bestellung

Finanzgericht Nürnberg, Urteil v. 28.7.2011, Az. 7 K 655/10; Revision beim Bundesfinanzhof

Existenzgründer können dem Finanzamt vor der eigentlichen Gründung bereits Betriebsausgaben präsentieren. Für geplante Investitionen ins bewegliche Anlagevermögen innerhalb der nächsten drei Jahre dürfen 40% der voraussichtlichen Investitionskosten als Betriebsausgabe abgezogen werden. Vorausgesetzt, sie können eine Bestellung nachweisen.

Bekanntlich werden Steuerzahler, die sich auf dem Dach ihres Eigenheims eine Fotovoltaikanlage installieren lassen und den Strom in das Netz eines Stromanbieters einspeisen, Gewerbetreibende. Vor der eigentlichen Investition sind sie also auch Existenzgründer in spe.

Aus diesem Grund hat nun ein Steuerzahler Jahre vor der Installation einer Fotovoltaikanlage 8.000 Euro Betriebsausgaben für einen Investitionsabzugsbetrag geltend gemacht (voraussichtlicher Kaufpreis 20.000 Euro x 40%). Doch weil er keine feste Bestellung der Anlage nachweisen konnte, versagte das Finanzamt ihm den Betriebsausgabenabzug.

Newsletter

Merkel will Soli senken

Widerstand im Bundesrat angekündigt

Soli senken statt Steuersatz ändern: Auch Bundeskanzlerin Merkel favorisiert inzwischen das von CSU-Chef Seehofer eingebrachte Modell.

Im Streit um Steuerentlastungen wird eine Senkung des Solidaritätszuschlags immer wahrscheinlicher. Wie die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf Informationen aus dem Bundeskanzleramt meldet, favorisiere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Kürzung der Abgabe statt Änderungen bei der Einkommenssteuer. Damit wolle Merkel einer Blockade durch den Bundesrat



vorbeugen.

Auf dem Koalitionsgipfel am kommenden Sonntag werde Merkel für die Senkung des Solidaritätszuschlags werben, hieß es. Ein Vorschlag sei eine höhere Steuerfreigrenze, ab der die Abgabe gezahlt werden müsse. Möglich sei aber auch die Senkung des Satzes von derzeit 5,5 Prozent.

Verhinderung verdeckter

Steuererhöhungen

Die FDP zeigt sich für steuerliche Entlastungen über Änderungen am Solidaritätszuschlag offen und sendet damit Kompromiss-signale an die CSU. Es solle verhindert werden, dass es im Zuge der kalten Progression zu verdeckten Steuererhöhun-

gen komme, sagte Fraktionschef Rainer Brüderle der Zeitung „Sonntag aktuell“.

„Das kann man über die Lohn- und Einkommensteuer ändern. Man kann aber auch den Solidaritätszuschlag senken“, betonte er. Der Solidaritätszuschlag sei eine Ergänzungsabgabe, die nicht für alle Ewigkeit festgelegt sei.

Einigkeit im Bundesrat wichtig

Erklärtes Ziel der Koalition ist es, die kalte Progression zu bekämpfen, durch die Lohnsteigerungen oft aufgezehrt werden. CSU-Chef Horst Seehofer hat jedoch betont, er werde kein Modell unterstützen, das im Bundesrat keine Chance hat. Hintergrund ist der Widerstand nicht nur von SPD und Grünen, sondern auch aus CDU-regierten Ländern. Seehofer macht sich daher für Änderungen am Solidaritätszuschlag stark, wofür eine Zustimmung der Länderkammer nicht notwendig ist.

Im „Spiegel“ verteidigte Seehofer seine Idee, Steuersenkungen auf diese Weise zu erreichen. Dadurch ließen sich „ansehnliche Entlastungen für mittlere Einkommen erreichen“, sagte der bayerische Ministerpräsident.

FDP-Chef Philipp Rösler und Finanzminister Wolfgang Schäuble waren zur Verärgerung Seehofers mit einem Konzept vorgeprescht, um durch eine Tarifkorrektur in der Einkommensteuer die Bürger ab dem 1. Januar 2013 um sechs bis sieben Milliarden Euro zu entlasten. Für den Fall, dass dies nicht realisierbar ist, gelten in der Koalition Änderungen

beim Solidaritätszuschlag als „Plan B“.

Allerdings trifft auch diese Variante bei Regierungschefs der CDU in ostdeutschen Ländern auf wenig Gegenliebe. „Der Soli ist auch 20 Jahre nach der Deutschen Einheit noch das Symbol für Solidarität in ganz Deutschland“, sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff dem „Spiegel“.



Auch im Westen gebe es Nachholbedarf, zum Beispiel bei den Straßen, die damit finanziert würden.

Ähnlich äußerte sich der sächsische Regierungschef Stanislaw Tillich. „Die ostdeutschen Bundesländer sind sich einig, dass der Wegfall des Soli unangemessen und ein Zeichen von Entsolidarisierung wäre.“

Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer fürchtet nach eigenen Worten, dass sich der Bund die Einnahmeausfälle beim Soli andernorts hereinholen wird. „Für mich ist auch bei der Lösung über den Solidaritätszuschlag die entscheidende Frage: welche

Newsletter

BDS-Umfrage zum Bau der Stadt-Galerie in Pirmasens

Sind Sie durch den Bau der Stadt-Galerie betroffen?

Hier antworteten 10 der insgesamt 16 befragten Personen mit „Ja“, drei mit „Eventuell“ und drei mit „Nein“. Es zeigt sich also, dass das Thema des Baus der Stadt-Galerie für die Unternehmerinnen und Unternehmer ein relevantes Thema ist. Die meistens erwarten zumindest indirekt eine Beeinflussung der eigenen Geschäftstätigkeit. Auf die abgeschlossene „Wenn ja: Wie?“ Frage, in der die Befragten umschreiben sollten welche Auswirkungen der Bau der Stadtgalerie auf sie hat, antworteten neun Befragte. Hier standen besonders die Kundenströme, sowohl positiv (mehr Kunden) als auch negativ (weniger Kunden) als auch die Eigentumsverhältnisse (Verkauf/Abriss des Objektes) im Mittelpunkt.

Welche Vorteile sehen Sie durch den Bau der Stadt-Galerie?

Zehn der 16 Befragten sahen Vorteile die durch den Bau der Stadt-Galerie entstehen. Besonders im Mittelpunkt steht für die Unternehmerinnen und Unternehmer eine höhere Frequentierung der Innenstadt und ein Zustrom an neuen Kunden aus der Umgebung beziehungsweise aus anderen Städten. Gerade der zweite Punkt scheint entscheidend zu sein, sich für den Bau der Stadt-Galerie auszusprechen. Exemplarisch dafür wies eine Unternehmerin auf die hohe Arbeitslosenquote in Pirmasens speziell und der Strukturschwäche der Region hin. In Pirmasens brauche es, so die Unternehmerin, Kaufkraft von außen um künftig auch höhere Umsätze generieren zu können. Interessant ist, dass die Aussage „In

ren“ in dieser oder ähnlicher Form öfter vorkam. Es schien so, dass es manchmal nicht speziell um den Bau der Stadt-Galerie sondern um eine generelle Änderung oder Belebung von Pirmasens ging.

Welche Nachteile sehen Sie durch den Bau der Stadt-Galerie?

12 der 16 befragten Unternehmerinnen und Unternehmer sahen Nachteile durch den Bau der Stadt-Galerie. Die Nachteile spiegeln in negativer Weise teilweise die Vorteile, vor allem im Bezug auf die Kundenschaft. Hier befürchteten einige Unternehmer, dass die Kunden nur noch in der Galerie einkaufen und die Fußgängerzone gar nicht mehr besuchen. Dies schlug sich dann logischerweise in einer niedrigeren Frequentierung nieder. Besonders bei schlechtem Wetter oder bei Parkmöglichkeiten direkt in der Stadt-Galerie scheint diese Angst der Unternehmerinnen und Unternehmer zu bestehen. Der Umzug in die Stadtgalerie schien für die meisten Befragten keine Option zu sein, viel mehr wurde auf die (wahrscheinlich) hohen Mietpreise der Galerie verwiesen, die durch mittelständische Unternehmen nicht zu bezahlen seien. Strukturelle Probleme sahen die Befragten besonders durch drohende Leerstände in der Innenstadt. Es sei zu erwarten, so sagten es einige Unternehmer, dass Geschäfte in der Innenstadt schließen müssten und die Geschäfte leer stünden oder durch „1 Euro-Läden“ ersetzt würden. Hier wurde wiederholt darauf hin gewiesen, dass dies die historische Struktur der Stadt zerstöre und sich Pirmasens nicht von anderen Städten in der Umgebung (Bsp. Homburg, Neunkirchen, Kaiserslau-

tern) abgrenzen könnte, die bereits eine Galerie haben.

Fühlen Sie sich mit Ihren Sorgen bezüglich der Stadt-Galerie von der Stadt ernst genommen?

Im Ergebnis finden die meisten, dass in der Stadt ein öffentlicher Diskurs stattfände und das Meinungsbild zweigeteilt wäre.

Welches Gewerbe wird von Ihnen in Pirmasens betrieben?

Bei den befragten Unternehmerinnen und Unternehmern handelt es sich um Inhaber/Geschäftsführer von Unternehmen im Einzelhandel. Hier wurde bei der Befragung besonders darauf geachtet nicht Aushilfen oder Angestellte zu befragen sondern die Inhaber persönlich.

Sind Sie in einem Wirtschaftsverband oder einer anderen Interessengemeinschaft Mitglied?

Diese Frage zeigte, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer in Pirmasens nicht sehr stark durch Verbände oder sonstige Interessengemeinschaften vertreten sind. Nur der städtische Marketingverein wurde, aber auch nur zweimal, genannt. Außerdem zeigt diese Frage, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht in Bürgerinitiativen oder ähnlichen (in)formellen Gruppen für oder gegen den Bau der Stadt-Galerie engagiert sind.

Kurz-Info Pirmasens:

Einwohnerzahl: rund 40 000
Einwohnerentwicklung in den letzten 10 Jahren: minus 5 000
OB: Dr. Bernhard Matheis (CDU)
stärkste Fraktion: CDU
Ausbildung: drei Gymnasien, Zweigstelle der FH Kaiserslautern

Newsletter

BDS-Sachsen: Landesvorsitzender Thorsten Ried wiedergewählt

Der alte ist auch wieder der neue Landesvorsitzende: Thorsten Ried, Rechtsanwalt in Dresden, ist einstimmig auf dem Landesverbandstag am Freitag in Zwickau wiedergewählt worden. Zu seinen Stellvertretern wurden der Dresdner Steuerberater Steffen Freyboth sowie die Uhrmachermeisterin und Gewerbevereinsvorsitzende aus Torgau, Kerstin Ulrich, gewählt. Den geschäftsführenden Vorstand komplettiert sodann die Dresdner Rechtsanwältin Annika Börner als neue Landesschatzmeisterin.

BDS Landesverband Rheinland-Pfalz und Saarland e.V.

- Präsidium -

Präsidentin

Liliana Gatterer, Maximilianstr. 11, 67346 Speyer
Telefon: (06232) 9903959, Telefax: (06232) 9903958
Mobil: 0171/3334536
E-Mail: Liliana.Gatterer@bds-rlp.de

Vize-Präsident(in)

Jürgen Heinitz, Gottlieb-Duttenhöfer-Str. 7, 67454 Haßloch
Telefon: (06324) 9114117, Telefax: (06324) 820873
E-Mail: info@heinitz-pfalz.de

Joachim Schneider, Kirchenstraße 3, 67677 Enkenbach-Alsenborn
Telefon: (06303) 6078, Telefax: (06303) 4479
E-Mail: Joachim.Schneider@bds-rlp.de

Ralf Vowinkel, Altriper Str. 53, 67165 Waldsee, Telefon: (0621) 675274, Telefax: (0621) 6709693
E-Mail: info@raumausstattung-ludwigshafen.de

Schatzmeister

Stefan Schnepel, In den Birken 4, 67705 Stelzenberg
Telefon: (06306) 992504, Telefax: (06306) 992505
E-Mail: Stefan.Schnepel@dvag.de

Beisitzer

Andrea Steck, Roßmarktstr. 28, 67346 Speyer
Telefon: (06232) 72404, Telefax: (06232) 28522
E-Mail: optik-steck@t-online.de

Ivonne Nowak-Jantz, Robert-Stolz-Str. 18, 67433 Neustadt
Telefon: (06321) 9704040, Telefax: (06321) 9704049
E-Mail: nowak-jantz@steuerberatung-neustadt.de

Christian Scheib, An der Eselshaut 15, 67435 Neustadt
Telefon: (06321) 95 83 944, Telefax: (06321) 59 30 060
E-Mail: info@guttschaenke-voelker.de

Rudolf Schmitz, Mechtersheimer Str. 24, 67354 Römerberg
Telefon: 06232-85152, Telefax 06232-84981
E-Mail: rudolf.schmitz@allianz.de

Newsletter

Bund der Selbständigen beim Existenzgründungstag Informationen sammeln, Kontakte knüpfen, Erfahrungen austauschen

„Was muss ich bei der Krankenversicherung beachten und an wen will ich meine Produkte verkaufen?“ waren nur zwei der vielen Fragen, die die Besucher des dreizehnten Existenzgründungstages der Metropolregion Rhein-Neckar am Samstag den 19.11.2011 mit nach Worms gebracht hatten. Nach dem Existenzgründungstag 2006 gastierte die Messe in diesem Jahr zum zweiten Mal im Tagungszentrum „Wormser“, dem 1966 eröffneten Theater der Stadt. Die Schirmherrschaft übernahm erstmals der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Philipp Rösler.

Begrüßt wurden die Unternehmerinnen und Unternehmer durch Robert Kautzmann von der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH und dem Oberbürgermeister der Stadt Worms Michael Kissel. Anschließend zeigte der bekannte Regisseur und Drehbuchautor Dieter Wedel, Intendant der Nibelungen-Festspiele in Worms, in seiner Rede zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen Existenzgründern und Kunstschaffenden auf. Nur wer sich nicht mit dem Geleisteten zufrieden gebe und sich nicht durch verkrustete Strukturen behindern lasse, könne kreativ und innovativ sein, so Wedel.

Nach der Rede Wedels wurde im Erdgeschoss des Tagungszentrums die Ausstellung mit rund 60 Ständen eröffnet. Auch der BDS Rheinland-Pfalz und Saarland präsentierte sich und seine Leistungen mit einem eigenen Stand. Viele Existenzgründerinnen und Existenzgründer nutzten die Chance direkt am Stand Fragen zu stellen und sich über die Arbeit des BDS zu informieren.

Neben der Ausstellung hatten die Besucher die Möglichkeit an 20 Seminaren und Gesprächsrunden teilzunehmen. Das Themenspektrum reichte dabei von rechtlichen Aspekten wie der Wahl der geeigneten Rechts- und Kooperationsform über Finanzierung und Steuern bis hin zu Marketing und Vertrieb. Für den BDS Rheinland-Pfalz und Saarland sprach Markus Löber vom Direkt Marketing Center Saarbrücken der Deutschen Post AG unter dem Titel „Wie profitiere ich vom Internet? Die Anwendung von Social Media – Umsatzbringer oder Umsatzkiller“ über die Wichtigkeit von Strategien bei der Nutzung des Vertriebskanals Internet.

„Der Existenzgründungstag bleibt für mich weiterhin eine der wichtigsten Veranstaltungen für Menschen die sich auf den Weg in die Selbständigkeit machen wollen. Diese Konzentration an Informationen an den vielen verschiedenen Ständen und die Gesprächsrunden und Seminare gibt es in dieser Art wohl kaum ein zweites Mal in Rheinland-Pfalz.“ sagte die Liliana Gatterer, Präsidentin des BDS, nach der Veranstaltung. „Der Tag hat für mich einmal mehr Eines gezeigt: die kleinen und mittleren Unternehmen, der gesamte Mittelstand, sind enorm wichtig für die deutsche Wirtschaft.

Hier entstehen neue Ideen und Arbeitsplätze, für diese Menschen muss die Politik etwas tun. Sonntagsreden helfen uns nicht weiter“, unterstich Liliana Gatterer die wichtige Rolle des Mittelstandes für die Wirtschaft in Deutschland.

Und zum Schluss...

Liebe Mitglieder,

der vorliegende Newsletter präsentiert sich Ihnen in neuem Gewand. Wir möchten Ihnen jedoch nicht nur eine nette Verpackung sondern auch interessante Inhalte bieten.

Deswegen möchten wir Sie künftig im vierzehntägigen Wechsel über Themen rund um die Selbständigkeit (Steuern, Arbeitgeberbelange, etc.) und über politische Entwicklungen und die Verbandsarbeit informieren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Rückmeldung und Anregungen zum Newsletter und der geplanten Versendung geben, sowohl inhaltlich als auch gestalterisch. Sie erreichen die Geschäftsstelle von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 Uhr bis 16.30 Uhr. Sie können uns auch gerne eine E-Mail senden an presse@bds-rlp.de und uns mitteilen, wie Ihnen der Newsletter gefällt und welche Themen wir für Sie aufbereiten dürfen.

Herzliche Grüße

Ihr Newsletter-Team

Tim Wiedemann und Daniel Zielke